



Der Rote Ortenauer

Mitgliederzeitung der SPD Ortenau

Ausgabe November 2025 | Jahrgang 16



ANDREAS DREHT DAS.

STOCH FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG.

Vorwort der Kreisvorsitzenden

Saskia Ganter & Richard Groß

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wenn wir auf die vergangenen anderthalb Jahre zurückblicken, sehen wir eine intensive Zeit für uns alle: Erst die Kommunal- und Europawahlen im Juni 2024, dann die vorgezogene Bundestagswahl im Februar 2025 – und nun richten



Co-Kreisvorsitzende Saskia Ganter

wir den Blick schon wieder auf die Landtagswahl 2026.

Wir alle wissen, wie fordernd ein solcher Dauerwahlkampf ist. Er kostet Kraft, Nerven und oft auch Zuversicht – gerade wenn trotz aller persönlicher Anstrengungen Erfolge ausbleiben.

Gerade weil die Bundestagswahl für uns als SPD kein einfaches Ergebnis gebracht hat, ist es jetzt umso wichtiger, den Blick nach vorne zu richten.

Wir dürfen uns nicht entmutigen lassen, sondern müssen zeigen: Wir sind da! – Im Land, in den Kommunen und hier bei uns im Ortenaukreis und den Ortsvereinen. Wir sind die Partei, die die Sorgen der Menschen ernst nimmt, ihnen zuhört und Politik mit Herz und Haltung macht.

Mit unseren drei engagierten Landtagskandidaten Kai Schröder-Klings, Richard Groß und Raphael Kupferer gehen wir diesen Weg voller Überzeugung. Sie stehen allesamt für eine SPD, die anpackt, zuhört und mutig gestaltet – für soziale Sicherheit, eine gerechte Wirtschaft und ein Miteinander, das niemanden zurücklässt.



Co-Kreisvorsitzender Richard Groß

Als Kreisvorstand wollen wir in dieser Phase dauerhafte und standfeste Brücken bauen: zwischen den Ortsvereinen, zwischen den Generationen, zwischen den vielen Genoss:innen, die sich tagtäglich einbringen. Denn nur gemeinsam, mit Vertrauen und Zusammenhalt, können wir den Menschen zeigen, dass die SPD auch in herausfordernden Zeiten eine verlässliche Kraft ist.

Deshalb danken wir euch – im Namen des gesamten Kreisvorstands – für euer Engagement, euer Herzblut und eure Ausdauer: gerade jetzt, wo es so sehr auf jede und jeden von uns ankommt.

Lasst uns gemeinsam mit Zuversicht und Leidenschaft in das Wahljahr 2026 gehen!

Herzlichst,

Saskia & Richard

Co-Kreisvorsitzende der SPD Ortenau

In dieser Ausgabe

- Seite 2: Vorwort der Kreisvorsitzenden Saskia Ganter und Richard Groß
- Seite 3: Unsere WebSite - die SPD Ortenau im digitalen Zuhause
- Seite 4: Mitgliederversammlung der SPD Ortenau
- Seite 5: Quo Vadis, Kreisfinanzen?
- Seite 6: Quo Vadis, Kreisfinanzen? (Fortsetzung) Landesparteitag AG 60plus
- Seite 7: „Weg mit der Angst - mit Zuversicht in die Zukunft!“
- Seite 8: Laudatio auf die wehrhafte Demokratie
- Seite 9: Laudatio auf die wehrhafte Demokratie (Fortsetzung), Das historische Foto
- Seite 10: Marta-Schanzenbach-Preis 2025 2. Preis: „Die Stille vor dem Sturm“
- Seite 11: Aus dem Bundestag. Gastbeitrag von Katja Mast (MdB)
- Seite 12: Aus dem Bundestag, Politik im Dialog - Wahlkreis 51 Offenburg
- Seite 13: Die 5 P der Sozialdemokratie
- Seite 14: Aus den Ortsvereinen: Jahreshauptversammlung der SPD Kippenheim/Mahlberg, KV Ortenau besucht KV Freudenstadt
- Seite 15: Kommunalpolitik im Wandel: Bürgermeister zwischen Bürgernähe und Populismus, Termine, Impressum, Bildnachweise

Unsere neue WebSite - die SPD Ortenau im digitalen Zuhause

Von Saskia Ganter

In den letzten Monaten hat sich bei uns im Kreisverband viel getan und eines unserer Herzensprojekte ist nun endlich online: die neue Website der SPD Ortenau!

Seit Frühsommer 2025 ist sie erreichbar und zeigt, wofür wir stehen - offen, modern und ganz nah dran an den Menschen in unserer Region.

Als wir uns an die Neugestaltung herangewagt haben, hatten wir ein klares Ziel vor Augen: Wir wollten einen Web-Auftritt schaffen, der übersichtlich, informativ und lebendig ist – und der jeder Besucherin / jedem Besucher zeigt, was sozialdemokratische Politik in der Ortenau ausmacht.

Besonderen Wert haben wir darauf gelegt, unsere Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften sichtbar zu machen. Jeder Ortsverein hat nun eine eigene Seite mit Kontaktdaten, Bildern und einer kurzen Vorstellung – so bekommt unsere SPD in der Ortenau ein Gesicht. Denn Politik lebt von Menschen, und genau diese Menschen stehen jetzt auch digital im Mittelpunkt.

Ein weiteres Herzstück ist der Blog-Bereich, in dem wir regelmäßig über politische Themen, Aktionen und Einblicke aus der Arbeit im Kreisverband berichten. So bleibt ihr immer auf dem Laufenden, was bei uns passiert. Außerdem findet ihr eine aktuelle Terminübersicht – von Sitzungen über Veranstaltungen bis hin zu Wahlkampfterminen. Auf der „Unterstützen“-Seite zeigen wir niederschwellig, wie sich Interessierte bei uns einbringen können, von projektbezogener Unterstützung bis hin zu finanziellen Spenden.

Uns ist wichtig zu betonen, dass die Website keine Konkurrenz zum „Der Rote Ortenauer“ darstellt. Im Gegenteil: Wir verstehen sie als ergänzendes Angebot, das – neben Auftritten in den sozialen Medien – unsere Kommunikationsarbeit erweitert. Gemeinsam bilden alle Formate ein starkes, vielseitiges Informationsangebot für euch und alle, die sich für sozialdemokratische Politik in der Ortenau interessieren.

Die neue Website ist mehr als nur eine digitale Visitenkarte. Sie soll ein Ort sein, an dem wir zeigen können, wer wir sind und wofür wir stehen, was uns verbindet.

Wir laden euch herzlich ein, reinzuschauen, euch umzusehen und die Seite auch mit Leben zu füllen durch eure Beiträge, Anregungen und Ideen. Denn genau wie „Der Rote Ortenauer“ kann die Website nur mit Leben gefüllt werden, wenn sich Menschen einbringen und daran mitarbeiten.

P.S. Wir sind jetzt auch auf WhatsApp! Über unseren neuen Kanal bekommt ihr dort auch regelmäßig aktuelle Informationen, Veranstaltungshinweise und Einblicke direkt aufs Smartphone. Wir fügen euch hier die QR-Codes zu den jeweiligen digitalen Angeboten ein. Einfach scannen, abonnieren und auf dem Laufenden bleiben!



 **WEBSITE**



 **INSTAGRAM**



 **WHATSAPP-KANAL**

Mitgliederversammlung der SPD Ortenau

SPD Ortenau wählt neuen stellvertretenden Vorsitzenden - gemeinsam stark in die kommenden Monate

Von Saskia Ganter und Jakob Haß

Volles Haus im Restaurant Mamma Mia in Lahr! Knapp 50 Genoss:innen kamen am Montagabend, dem 29. September 2025, zu unserer Mitgliederversammlung zusammen. Auf der Tagesordnung standen mehrere Nachwahlen im Kreisvorstand – und viele gute Gespräche über die kommenden Monate.

Unser bisheriger stellvertretender Kreisvorsitzender Constantin Fedorez hat sein Amt niedergelegt. Constantin hat im Sommer sein Abitur gemacht und verbringt derzeit ein Freiwilliges Soziales Jahr in Costa Rica – dafür wünschen wir ihm alles Gute!

Mit großer Mehrheit wurde Kai Schröder-Klings, unser Landtagskandidat im Wahlkreis 50 Lahr, zu seinem Nachfolger gewählt. Da Kai bisher als Beisitzer aktiv war, wurde auch diese Position neu besetzt. Neben der durch den Wegzug von Claire Eschemann, unserer bisherigen Juso-Kreisvorsitzenden, frei gewordenen Stelle, konnten sich Merdan Seker und Giulia Pompa bei den Nachwahlen durchsetzen.

Die Versammlung wurde von unserem Co-Kreisvorsitzenden Richard Groß geleitet, Saskia Ganter war krankheitsbedingt entschuldigt.

Im Verlauf des Abends stellten sich unsere drei Landtagskandidaten vor:

Kai Schröder-Klings (Wahlkreis 50 Lahr)

Richard Groß (Wahlkreis 51 Offenburg)

Raphael Kupferer (Wahlkreis 52 Kehl)

Ihr gemeinsames Ziel: die Ortenau wieder stärker für die Sozialdemokratie zu begeistern und eine klare Alternative zur aktuellen grün-schwarzen Landesregierung zu bieten, die in vielen Punkten an den Menschen in Baden-Württemberg vorbeischwätzt.

Mit viel Zuversicht, Energie und einem klaren Signal, die SPD in der Ortenau weiter zu stärken, endete unsere gut besuchte Versammlung.



Neue Delegierte für die Landesparteitage

Auch die Delegierten für den Landesparteitag im November in Ulm wurden gewählt. Für uns vertreten die SPD Ortenau dort: Saskia Ganter, Richard Groß, Kai Schröder-Klings, Raphael Kupferer, Jakob Haß, Annina und Thomas Gwinner, Jane Simon, Maria Bormann, Andrea Ahlemeyer-Stubbe und Matthias Wiedemer.

Wir freuen uns auf die kommenden Monate - gemeinsam für eine starke, soziale Ortenau!

Foto (v. l.): Richard Groß, Kai Schröder-Klings, Thomas Gwinner und Jakob Haß.

Quo Vadis, Kreisfinanzen?

Von Hans-Peter Kopp, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion

Über den Jahreswechsel 2024/25 war es wiederum soweit: Der Kreistag durfte sein „Königsrecht“ wahrnehmen und den Kreishaushalt für die Jahre 2025 und 2026 beraten. „Königsrecht“? Das klingt so, als ob man frei entscheiden kann, wie und für was man sein Geld einsetzen möchte. Das ist leider zunehmend weniger der Fall.

Haushalt unter Druck

Die Kreiskasse steht massiv unter Druck. Dieser Druck sollte an die Städte und Gemeinden mit einer geplanten Kreisumlageerhöhung um 5 %-Punkte weitergegeben werden. Jahr für Jahr sollten also rund 40 Mio. EUR mehr von den Steuereinnahmen der 51 Städte und Gemeinden abgeschöpft werden. Die Bürgermeister, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wissen aber sehr genau, dass es dort auch nichts mehr zu verteilen gibt.

Sozialausgaben steigen seit Jahren

Die finanzielle Schieflage kann hauptsächlich an zwei Punkten festgemacht werden:

Zum einen steigen schon seit vielen Jahren die beim Ortenaukreis verbleibenden Sozialausgaben und deren Verwaltung massiv an. Fast $\frac{3}{4}$ der 1,8 Mrd. EUR Gesamtausgaben im Doppelhaushalt 2025/26 - nämlich 1,3 Mrd. EUR - entfallen direkt oder indirekt auf den Sozialbereich (inkl. Personalaufwand und alle anderen Kosten). Ungefähr die Hälfte davon erhalten wir von Bund und Land zurück, den Rest, rund 630 Mio. EUR ist jedoch durch uns selber zu finanzieren.

Im Doppelhaushalt 2015/16, waren dies noch 330 Mio. EUR, also in 10 Jahren fast eine Verdoppelung. Das betrifft übrigens hauptsächlich Leistungen, wo jeder und jede sagen würde, ja, das ist wichtig und richtig.

So entfallen alleine 250 Mio. EUR auf die sogenannte Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Knapp 200 Mio. EUR entfallen auf die Kinder- Jugend- und Familienhilfe und mit knapp 75 Mio. EUR ist die Hilfe zur Pflege, also die Übernahme von Heimkosten für pflegebedürftige Menschen ohne Vermögen und ausreichendem Einkommen, ebenfalls eine der großen Positionen.

Bei vielen dieser Positionen wurden durch gesetzliche Regelungen neue Standards und neue Leistungen geschaffen, die wir gerne begrüßen – nur fehlt es an der entsprechenden Gegenfinanzierung. Die Finanzierungslücke wird immer größer.

Kliniken in ganz Deutschland unterfinanziert

Gleiches gilt für unsere Kliniken in der Ortenau - der Betrieb ist massiv unterfinanziert und produziert Rekordverluste. Als SPD-Fraktion freuen wir uns über gut bezahlte Pflegerinnen und Pfleger und ärztliches Personal.

Und natürlich trägt es zu einer qualitätvollen Gesundheitsversorgung bei, wenn die Standards immer wieder überprüft und meist auf einem höheren Niveau festgesetzt werden – aber das muss auch finanziert werden.

Und da liegt der Hase im Pfeffer. Leider halten die Vergütungen, die unsere Kliniken von den Krankenkassen bekommen, hier schon lange nicht mehr Schritt. Und das ist kein Ortenau-Phänomen. Landauf und landab ist es fast schon die Regel, dass Kliniken der Allgemeinversorgung massive Verluste einfahren. In der Ortenau müssen rund 40 Mio. Defizit aus 2024 im Kreishaushalt ausgeglichen werden.

Hinzu kommt noch, dass wir für die wichtige und richtige Umstrukturierung unserer Kliniklandschaft und die Investitionen in neue Kliniken von 2021 bis 2030 rund 175 Mio. EUR als Eigenkapital „ansparen“ für die Zukunftsprojekte der AGENDA 2030, die alle notwendiger denn je sind. Man kann also mit Fug und Recht nachweisen, dass uns die Gesundheitsversorgung lieb, aber auch teuer ist.

Die Kreisverwaltung hat hier noch einen darauf gesetzt und wollte noch die in den nächsten Jahren anfallenden 90 Mio. EUR Bauzeitinsen für die Klinikinvestitionen der AGENDA 2030 über die Kreisumlage von den Städten und Gemeinden einsammeln. Die SPD-Fraktion hat diesem Plan einen Strich durch die Rechnung gemacht und mit einem Haushaltsantrag nachgewiesen, dass dies weder notwendig ist, noch die einschlägigen gesetzlichen Vorgaben dies zwingend erfordern – im Gegenteil.



Hans-Peter Kopp, Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ...

Quo Vadis, Kreisfinanzen?

Fortsetzung von Seite 5

SPD-Fraktion verhindert zusätzliche Belastung der Kommunen

Wenn schon die Investitionen voll vom Ortenaukreis getragen werden, dann muss es möglich sein, ab 2031 diese Bauzeitinszen durch die Kliniken zu erwirtschaften und nicht durch den Steuerzahler. Die Städte und Gemeinden wurden dadurch um sage und schreibe 12 Mio. EUR pro Jahr entlastet, die Kreisumlage um „nur“ 4 %-Punkte angehoben.

Freiwillige Leistungen sind kein ausreichender Hebel

Natürlich ist es richtig, darüber hinaus – wie von anderen Fraktionen gefordert – sich auch die wenigen freiwilligen Leistungen anzuschauen. Nur reden wir von komplett anderen Dimensionen. Und wenn hier wirklich mal 20 oder gar 100 TEUR gespart werden können, dann oft auf Kosten wichtiger Institutionen und Einrichtungen, ohne an den wirklichen Gründen der Unterfinanzierung etwas zu ändern.

SPD-Fraktion fordert Generaldebatte

Die SPD Fraktion hat deshalb als zweiten Haushaltsantrag eine Generaldebatte im Laufe der nächsten Monate gefordert, bei der wir uns auch die großen, gesetzlich vorgegebenen Auf- und Ausgabenblöcke wie z. B. Jugendhilfe, Eingliederungshilfe, etc. anschauen und Fragen beantwortet haben wollen wie z. B.

- Wo standen wir z. B. vor 10 Jahren und wo stehen wir heute?
- Wie sind wir im Sinne der Konnexität ausfinanziert – also was bekommen wir von Bund und Land für die Aufgaben, die man uns auferlegt und wie groß ist die Lücke?
- Wie hat sich - neben den enormen Kostensteigerungen - die Leistung / die Wirksamkeit und damit die Lebenswirklichkeit für die Menschen in der Ortenau dadurch verbessert?
- Und zu guter Letzt: wie hoch war hierfür der zusätzliche bürokratische Aufwand?

Verschuldung als Zukunftsfrage

Ein weiterer Teil dieser Generaldebatte soll sein, wie wir im Ortenaukreis mit dem Thema „Verschuldung“ umgehen wollen, insbesondere welche Schuldenhöhe überhaupt vertretbar ist.

Verantwortung für Klarheit und Verlässlichkeit

Der SPD Fraktion liegt es am Herzen - sowohl für die Kreisträte als auch die Bürgerschaft - Klarheit und Verlässlichkeit darüber zu schaffen, was wir uns leisten können und auch sollten, für welche Zukunftsinvestitionen vielleicht auch Schulden vertretbar sind und was eben auch nicht geht. Wir sind bereit, hier Verantwortung zu übernehmen, und dies prägt auch unseren Umgang mit dem Kreishaushalt und letztlich mit dem Geld unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Landesparteitag AG 60plus

Die AG 60plus ist die Arbeitsgemeinschaft der Senior:innen in der SPD. Alle über 60-jährigen SPD-Mitglieder – das sind ca. 17.000 – gehören ihr automatisch an, aber auch Nicht-Parteimitglieder und in der Seniorenarbeit Tätige, die das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, sind zur Mitarbeit eingeladen. Die AG 60plus vertritt die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD, gibt inhaltliche Impulse und Anregungen und fördert das Engagement der Älteren. Die Arbeitsgemeinschaft kooperiert mit zahlreichen Senioren-Verbänden, -Organisationen und -Initiativen.

Am 26. Juli 2025 fand die Landeskongress der AG 60plus in Renningen statt. Diese tagt in zweijährigem Rhythmus.

Nach Rechenschaftsbericht, intensiver Aussprache, Antragsberatung und Rede von Andreas Stoch (MdL) stand die Wahl des neuen Landesvorstands auf der Tagessordnung.

Gewählt wurden:

Neue Vorsitzende der AG 60 plus Baden-Württemberg: Ute May (KV Böblingen) Stellvertretende Landesvorsitzende: Norbert Theobald (KV Rhein-Neckar) und Jens Béchu (KV Bodensee). Beisitzer:innen: Renate Knauss (KV Karlsruhe-Land), Rainer Arnold (KV Esslingen), Monika von Felbert (KV Pforzheim/Enzkreis), Sandra Spang (KV Ulm), Rose Riedl (KV Esslingen), Helmut Honsberg (KV Heilbronn-Land), Hans-Georg Kerler (KV Stuttgart), Marlene Rupprecht (KV Calw), Friedrich Gocht (KV Tübingen), Roland Helber (KV Calw), Alois Niecholat (KV Ortenau) und Hans Gregor (KV Esslingen).



Für die Ortenau waren dabei (v. l.): Dorothea Hertenstein, Franz Bayer, Marion Selent und Alois Niecholat.

„Weg mit der Angst - mit Zuversicht in die Zukunft“!

SPD-Landesvorsitzender Andreas Stoch (MdL) zu Gast bei der AG 60plus Ortenau

Gastbeitrag von Peter Meier

Die jüngste Mitgliederversammlung der SPD AG 60plus Ortenau wurde im Gasthaus "Hirsch" in Zusenhofen durchgeführt. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Christoph Unterhaslberger, gleichzeitig an der Spitze des SPD-Ortsvereins Renchen, konnte zu dieser Veranstaltung Andreas Stoch, den Landesvorsitzenden der SPD Baden-Württemberg, begrüßen. Auch die Landtagskandidaten der SPD im Ortenaukreis nutzten die Gelegenheit, sich bei den älteren, aber immer noch sehr aktiven Parteimitgliedern vorzustellen.

Musikalisch umrahmt wurde die Versammlung von den „Roten Socken“, unter der Leitung von Helmut Lind mit Liedern über Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität.



Foto (v. l.): Raphael Kupferer, Richard Groß, Andreas Stoch (MdL), Kai Schröder-Klings, Helmut Lind, davor Christoph Unterhaslberger

Andreas Stoch: "Viele Menschen sehen die Errungenschaften, die über Jahrzehnte erkämpft wurden, heute als selbstverständlich an, ohne sie zu wertschätzen", betonte Stoch. Dazu komme, dass viele Menschen auch Angst vor Veränderungen haben, die sie als negativ empfinden. Diese Ängste und Unsicherheiten werden noch geschürt und befördert, beispielsweise von der AfD. "Wir haben heute eine Hochkonjunktur des Populismus", so Stoch, „das Handy als meist genutztes Informationsinstrument biete die Gelegenheit zu Fake-News und Manipulation. Was wir in dieser Situation brauchen, sei die Zuversicht, dass wir das besser machen können“.

Oft sei für Menschen ein Problem, dass sie keine Perspektive für sich sehen. Gleiche Chancen zu schaffen, müsse schon bei der frühkindlichen Bildung ansetzen. Fehlende Kindergartenplätze setzen sich fort als Probleme an Grundschulen und ungleichen Bildungschancen bis hin zum Fachkräftemangel, der durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf verringert werden könnte.

Stärke der deutschen Wirtschaft, die sich in einer globalisierten Welt neuen Herausforderungen zu stellen hat, war stets die Innovationskraft von Menschen. Heute sei es Hauptziel vieler Unternehmen, möglichst hohe Renditen zu bekommen und dafür Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern.

Das menschliche Kapital sei aber auch künftig der wichtigste Weg zum Erfolg, Entlassungen keine Lösung. Aufgabe der Sozialdemokratie sei schon immer gewesen, zusammen mit den Gewerkschaften den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

In der Diskussion ging es unter anderem um die Forderung nach gebührenfreien Kita-Plätzen, wodurch Familien stark entlastet werden. Bildung sei Sache der Länder, nicht der Gemeinden, deshalb müssten auch diese die Kitas voll aus Steuermitteln finanzieren und entsprechende Prioritäten setzen. Es gebe Länder wie Rheinland-Pfalz, wo dies geschieht. Auch in Baden-Württemberg gibt es gewerbesteuerstarke Gemeinden, die gebührenfreie Kitas anbieten. Es dürfe aber nicht vom Bundesland oder gar vom Ortsschild abhängen, welche grundlegenden Bildungschancen Kinder haben.

Als Beispiel für die Profit-Orientierung von Unternehmen zu Lasten der Arbeitnehmer wurde die aktuelle Situation bei Bosch ebenso diskutiert, wie die Entscheidung eines Auto-Konzerns in der Coronazeit, einerseits die Arbeiter in Kurzarbeit zu schicken und andererseits den Aktionären Dividenden auszuzahlen. Ein zentrales Thema war auch der Mangel an bezahlbaren Wohnungen und die Forderung, den kommunalen Wohnungsbau zu stärken.



Auftritt der **Roten Socken** im Gasthaus „Hirsch“ in Zusenhofen.



Marta-Schanzenbach-Literaturpreis 2025

Laudatio auf die wehrhafte Demokratie

Von PD Dr. Wolfgang Achnitz

Zum dritten Mal wird der Marta-Schanzenbach-Literaturpreis verliehen. Aus aktuellem Anlass – aber auch, weil man damit dem Leben und dem Wirken der sozialdemokratischen Politikerin aus Gengenbach gerecht wird – war den Teilnehmerinnen und Teilnehmern in diesem Jahr das Thema „Wehrhafte Demokratie“ vorgegeben. Eingereicht wurden 20 Beiträge von Frauen und Männern fast jeder Altersstufe. Die große Beteiligung ist für die Veranstalter sehr erfreulich und vielleicht auch der aktuellen Brisanz des Themas zu verdanken.

Die Jury hatte die künstlerische und literarische Qualität der Beiträge und deren Auseinandersetzung mit dem Wettbewerbsthema zu bewerten. Die *literarischen Formen* waren dabei sehr unterschiedlich: Neben Kurzerzählungen und fiktiven Gesprächssituationen gab es essayistische Texte, Gedichte und Lieder. Dass es sich bei mehr als der Hälfte der eingereichten Wettbewerbstexte um Lyrik handelt, hat die Jury durchaus überrascht. Die *literarische Qualität* der Beiträge war ebenfalls unterschiedlich, aber bei den Preisträgern auf hohem Niveau. Deshalb wurde sich die Jury auch recht schnell darüber einig, welche Texte für einen Preis in Frage kommen.



PD Dr. Wolfgang Achnitz

Die Inhalte waren bunt gemischt: Wir haben den Alltag im Pflegebereich erlebt, sind Herrn Demo Kratias als Personifikation in einem Aufzug begegnet, haben von Zusammenhalt und Menschlichkeit gelesen. In den Texten war von vergangenen Zeiten, von der Nationalhymne, von Arbeiterliedern,

Wahlkampf, freien Wahlen und von freier Meinung die Rede. Nicht ganz einfach war zu beurteilen, ob und wie die eingereichten Werke dem aufgegebenen Thema gerecht geworden sind. Das gibt mir Gelegenheit, einige Überlegungen dazu anzustellen, was „wehrhafte Demokratie“ meint.

Das griechische Wort „Demokratie“ bezeichnet eine Regierungsform, deren wesentliches Element die Beteiligung der Bevölkerung ist – die auf unterschiedliche Weise erfolgen kann. Dazu gehören außerdem freie Wahlen, die Aufteilung der Staatsgewalt auf voneinander unabhängige Organe für Regierung, Gesetzgebung und Rechtsprechung, die Garantie von Grundrechten wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Versammlungs-, Meinungs- oder Pressefreiheit sowie der besondere Schutz von Minderheiten.

Für Deutschland haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes nach dem Zweiten Weltkrieg und nach den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur für die Staatsform einer repräsentativen Demokratie entschieden. Daher stimmen bei uns die Bürgerinnen und Bürger nicht direkt über politische Entscheidungen ab, sondern wählen in regelmäßigen Abständen und auf verschiedenen politischen Ebenen Volksvertreter als Repräsentanten, wie es in vielen modernen Demokratien der Fall ist. Doch warum muss eine solche Demokratie wehrhaft sein und wie gelingt das?

Die Weimarer Republik ist ein Beispiel dafür, was passieren kann, wenn eine Demokratie *nicht* wehrhaft ist: Sie wurde in den Jahren vor 1933 mit rechtskonformen Mitteln von antidemokratischen Kräften unterwandert und schließlich von den Nationalsozialisten abgeschafft. Unsere heutige Demokratie verteidigt sich gegen Feinde, um unsere gemeinsamen Grundwerte und die Institutionen von Exekutive, Legislative und Judikative zu schützen. Damit soll verhindert werden, dass demokratische Prinzipien wie Meinungsfreiheit, freie Wahlen oder Rechtsstaatlichkeit von extremistischen Kräften erneut untergraben werden.

Dafür hat unsere wehrhafte Demokratie im Grundgesetz besondere Schutzmechanismen erhalten. Zu ihnen gehört beispielsweise, dass sich Staatsbedienstete und politische Repräsentanten zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen oder dass wir einen gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben. Außerdem darf der Staat Grundrechte einschränken, wenn sie zur Bekämpfung der Demokratie missbraucht werden. Das Bundesverfassungsgericht kann verfassungsfeindliche Parteien verbieten und laut Artikel 20 des Grundgesetzes haben wir sogar das Recht, uns gegen jeden zu wehren, der versucht, die Demokratie abzuschaffen – das galt natürlich nicht für Querdenker, die sich unter Berufung auf diesen Artikel gegen die Pandemiemaßnahmen wehren wollten.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ...

Laudatio auf die wehrhafte Demokratie

Fortsetzung von Seite 8

Zu einer wehrhaften Demokratie gehört auch der Auftrag der Politik zur Aufklärung über Demokratie und zur Bildung der Bevölkerung. Zentraler Bestandteil der demokratischen Ordnung sind dabei die politischen Parteien. Sie haben nach Artikel 21 des Grundgesetzes die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Seit vielen Jahren macht das eine rechtsextremistische Partei am erfolgreichsten – das sollte uns zu denken geben.

Das alles steht in unserem Grundgesetz und das alles dient dem Schutz der Demokratie vor Feinden. Und von all dem handeln auch die meisten der eingereichten Texte. Doch es wurde auch über Dinge geschrieben, mit denen ich als Mitglied der Jury nicht gerechnet hatte. So ging es immer wieder auch um Migration, Integration, Asyl und Sicherheit – als passende Motive dazu war die Rede von Mauern, Grenzen und Schlagbäumen: Mehrere Beiträge behandelten die Gefährdung unserer Gesellschaft durch Zuwanderung, Gewalt und Krieg.

Mich hat das erschreckt, denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass unsere Demokratie nicht von außen bedroht wird, auch wenn der russische Diktator Deutschland und andere Staaten durch hybride Angriffe in den völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine hineinziehen will. Wenn wir über „Wehrhafte Demokratie“ reden, geht es aber nicht darum, die Außengrenzen unseres Landes gegen militärische Angriffe zu schützen. Dafür sind Bundeswehr und Nato zuständig.

Unsere Regierungsform und unsere freie Gesellschaft gegen Kräfte im eigenen Land zu verteidigen, die unsere Staatsform ablehnen und beseitigen wollen: Das meint „Wehrhafte Demokratie“.

Das ist eine Aufgabe für uns alle und dies thematisieren auch die Gewinnerinnen und Gewinner in ihren Beiträgen zum diesjährigen Marta-Schanzenbach-Literaturpreis, denen ich herzlich gratuliere.

Hier könnte euer Text stehen!

E-Mails an die Redaktion:
zeitschrift@spd-ortenau.de



Das historische Foto

Wegbegleiter von
Marta Schanzenbach
(Foto von 1985)



Empfang der SPD Rheinau zum 70. Geburtstag von Friedrich Stephan im Jahr 1985.

Vordere Reihe: Die ehemaligen MdB Dr. Fritz Rinderspacher und Marta Schanzenbach, Friedrich Stephan (ehem. MdL und ehem. Bürgermeister Rheinau), Frau Stephan, Walter Krause (ehem. Innenminister in Baden-Württemberg). Hintere Reihe: Detlef Prösdorf (ehem. Oberbürgermeister Kehl), Meinhard Oberle (ehem. Bürgermeister Rheinau), August Karch (ehem. Ortsvorsteher Leutesheim), Harald B. Schäfer (ehem. MdB und Landesumweltminister), Jürgen Ricken (ehem. SPD-Kreisvorsitzender), Martin Grüber (ehem. Oberbürgermeister Offenburg) und Bernd Keck (ehem. Vorsitzender SPD Rheinau).

Marta-Schanzenbach-Literaturpreis 2025

2. Preis: „Die Stille vor dem Sturm“

Autorin Martine De Coeyer

In einer wunderschönen Region Europas liegt die Republik Heckerland. Seit Jahrzehnten herrschte eine demokratische Ordnung, die einst nach einem langen und schmerzhaften Krieg entstanden war. Die Verfassung war ein Meisterwerk der Balance – Rechte, Pflichten, Freiheit und Gerechtigkeit waren die Grundpfeiler der Gesellschaft. Doch in den Schatten lauerte eine Gefahr, die niemand kommen sah – oder die viele nicht sehen wollten.

Es begann schleichend. Eine Partei namens „Einheit für Heckerland“ trat auf die politische Bühne. Ihre Botschaften waren populistisch, ihre Versprechen simpel und eingängig: Sicherheit, Wohlstand und nationale Größe. Ihre Anhänger wuchsen schnell, und obwohl ihre Rhetorik immer radikaler wurde, winkten viele Bürger und Politiker ab. „Unsere Demokratie ist stark“, sagten sie. „So etwas wie damals kann nicht mehr passieren.“

Doch die Partei wusste, wie sie die Schwächen des Systems ausnutzen konnte. Sie stellte sich als Retter in einer angeblichen Krise dar und gewann so nach und nach Sitze im Parlament. Ihre Gegner wurden als „Volksfeinde“ abgestempelt, und durch gezielte Desinformation spalteten sie die Gesellschaft. Schließlich kam der Tag, an dem die Partei die Mehrheit errang – und ihre wahre Agenda enthüllte.

Plötzlich stand die Demokratie Heckerlands auf dem Prüfstand. Die neue Regierung versuchte, unliebsame Medien zu zensurieren, die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben und Grundrechte zu beschneiden. Doch Heckerlands Verfassung war wehrhaft. Artikel 1, der von den Vätern und Müttern der Republik einst niedergeschrieben wurde, enthielt eine Klausel: „Die demokratische Ordnung ist unantastbar. Jeder Angriff auf sie verpflichtet die Bürger und Institutionen Heckerlands zum Widerstand.“

Ein Bündnis aus Richtern, Bürgerrechtsgruppen und einer kleinen, aber entschlossenen Oppositionsbewegung machte mobil. Sie klagten vor dem Verfassungsgericht, das den neuen Gesetzen der Regierung eine klare Absage erteilte. Doch die Partei ignorierte das Urteil und drohte den Richtern mit Entlassung.

In den Städten begannen Proteste, organisiert von Menschen, die spürten, dass ihre Freiheit auf dem Spiel stand. Lehrer, Handwerker, Ärzte und Studenten gingen gemeinsam auf die Straße. Die Regierung versuchte, die Demonstrationen mit Härte zu unterdrücken, aber die Polizisten, die den Befehl erhielten, weigerten sich. Viele von ihnen erinnerten sich an ihre Eid: die Verfassung und die Rechte des Volkes zu schützen.

Der Wendepunkt kam, als das Militär, das bislang neutral geblieben war, sich öffentlich auf die Seite der Verfassung stellte. General Armin Schmid erklärte in einer historischen Rede: „Unsere Loyalität gilt nicht einer Regierung oder einer Partei, sondern der Demokratie und dem Volk von Heckerland.“

Die Tage der autoritären Regierung waren gezählt. Ihre Führer wurden vor Gericht gestellt, ihre Partei verboten, und die Wunden der Gesellschaft begannen zu heilen. Doch die Krise hinterließ tiefe Narben – und eine wichtige Lehre: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie erfordert den Einsatz und den Mut ihrer Bürger, sie zu verteidigen.

Heute, Jahre nach diesen Ereignissen, erinnert ein Denkmal in der Hauptstadt Heckerlands an jene Zeit. Auf ihm steht eingraviert: „Freiheit ist zerbrechlich. Wehret den Anfängen.“ Die Menschen, die davor stehen, wissen, dass die Geschichte sich wiederholen könnte, wenn sie nicht wachsam bleiben. Aber sie wissen auch, dass ihre Demokratie wehrhaft ist – und dass ihre Stärke in der Entschlossenheit ihrer Bürger liegt.



Foto (v. l.): Andrea Ahlemeyer-Stubbe und Martine De Coeyer

Den Sieger-Text findet ihr in der März-Ausgabe des Roten Ortenauers.

Aus dem Bundestag

Gastbeitrag von Katja Mast (MdB)

Tariftreugesetz für fairen Wettbewerb und gute Löhne

Am 10. Oktober fand im Bundestag die erste Lesung des Bundestariftreugesetzes statt. Als Staatssekretärin für Arbeit bin ich im Bundesarbeitsministerium für das Gesetz verantwortlich. Unser Ziel ist klar: Lohndumping mit Steuergeld darf es nicht geben. Dafür haben wir gemeinsam Wahlkampf gemacht und schaut man nach Baden-Württemberg wird klar, Tariftreugesetze gibt es nur mit der SPD in Verantwortung. Denn in Baden-Württemberg wollte Grün-Schwarz zwar das Landes-Tariftreugesetz notwendigerweise reformieren, hat die Reform aber abgesagt. Im Bund soll künftig gelten: Öffentliche Aufträge sollen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die nach Tarif bezahlen. So stärken wir tarifgebundene Betriebe im Wettbewerb, fördern gute Arbeitsbedingungen und sichern faire Löhne. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales überwiesen, wo ich die Verhandlungen für die Bundesregierung begleite.



Katja Mast (MdB)

Bau-Turbo: Mehr Tempo und weniger Kosten beim Wohnungsbau

Bauen und Wohnen müssen wieder bezahlbar werden! Das ist gerade bei Euch vor Ort ein wichtiges Thema, denn die Mieten sind in den vergangenen zwei Jahren um 9 Prozent gestiegen. Mit dem beschlossenen Bau-Turbo schaffen wir schnellere Planungen, beschleunigte Genehmigungen und die Erschließung zusätzlicher Flächen. Mit der Verabschiedung des Gesetzes schaffen wir die Grundlage für mehr Tempo und geringere Kosten beim Wohnungsbau. Damit legen

wir die Grundlage für mehr Wohnungen, geringere Baukosten und echte Entlastung auf dem Wohnungsmarkt.

Koalitionsausschuss zur Grundsicherung

Die Koalition hat sich nach langen Diskussionen auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt: Wir reformieren die Grundsicherung. Ziel ist, Menschen schneller und gezielter in Arbeit zu bringen - mit klaren Regeln, aber auch mehr Unterstützung. So soll nach der Antragstellung ein persönliches Gespräch im Jobcenter stattfinden, um individuelle Perspektiven zu entwickeln. Langzeitarbeitslose werden enger betreut, Pflichtverletzungen konsequenter sanktioniert und Sozialleistungsmissbrauch wird stärker bekämpft. Klar ist aber auch: Einsparungen in der Grundsicherung gibt es nur, wenn mehr Menschen in Arbeit vermittelt werden. Deshalb ist unsere Anstrengung, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, auch hier essentiell.

Es geht los mit dem Rentenpaket

Letzten Donnerstag hat der Bundestag erstmals über zwei zentrale Gesetzentwürfe zur Rente beraten: zur Stabilisierung des Rentenniveaus und Gleichstellung der Kindererziehungszeiten sowie zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge.

Mit der Verlängerung des Rentenniveaus von 48 Prozent bis 2031 sichern wir, dass Renten weiterhin mit den Löhnen steigen - ein klares Signal für Verlässlichkeit und soziale Sicherheit, gerade auch für die junge Generation. Die Kosten trägt der Bund, um Beitragssätze stabil zu halten. Zugleich wird die „Mütterrente“ vollendet: Künftig werden für alle Kinder, unabhängig vom Geburtsjahr, drei Jahre Erziehungszeit anerkannt. Das ist mehr Gerechtigkeit, vor allem für viele Frauen, die familiäre Verantwortung übernommen haben.

Auch die freiwillige Rückkehr von Rentnerinnen und Rentnern zu ihrem früheren Arbeitgeber soll leichter werden. Das bisherige Anschlussverbot wird aufgehoben, damit befristete Beschäftigungen im Ruhestand einfacher möglich sind.

Beide Entwürfe sind Teil einer größeren Rentenreform, die auch die geplante Aktivrente und eine Frühstartrente umfasst - mit dem Ziel, die Alterssicherung langfristig stabil, gerecht und flexibel zu gestalten.

Mit dem zweiten Gesetz stärken wir die betriebliche Altersvorsorge, insbesondere für Beschäftigte mit kleineren Einkommen und in nicht tarifgebundenen Betrieben, überwiegend klein- und mittelständigen Unternehmen. Vereinfachte Modelle und weniger Bürokratie sollen dafür sorgen, dass mehr Menschen von einer zusätzlichen Betriebsrente profitieren können.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ...

Aus dem Bundestag

Fortsetzung von Seite 11

Wehrdienst-Modernisierung

Letzte Woche fand im Bundestag auch die erste Lesung des Wehrdienst-Modernisierungsgesetzes statt. Nach intensiven Diskussionen in der Koalition und in den Medien hat damit der parlamentarische Prozess begonnen. Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wollen wir den Wehrdienst an die aktuellen Anforderungen anpassen. Unser Ziel ist ein freiwilliger und attraktiver Dienst, mit dem die Bundeswehr die personelle Stärke erreicht, die sie für die Landes- und Bündnisverteidigung benötigt, d. h. rund 260.000 aktive Soldatinnen und Soldaten sowie 200.000 Reservistinnen und Reservisten. Der Grundsatz der Freiwilligkeit steht dabei an erster Stelle. Er bleibt ebenso wie gute Rahmenbedingungen und eine Entscheidung des Bundestages bei der Einführung von Pflichtdiensten eine unverrückbare Leitlinie für den notwendigen Ausbau unserer Streitkräfte.

Paketboten-Schutzgesetz wird entfristet

Weiter ging es im Plenum noch um das Paketboten-Schutzgesetz. Das Gesetz hat sich bewährt: Die Arbeitsbedingungen in der Paketbranche haben sich verbessert, Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit wurden zurückgedrängt. Es verpflichtet Auftraggeber, für die Sozialversicherungsbeiträge ihrer Subunternehmer zu haften. Die Evaluation hat bestätigt, dass die Regelung wirkt, deshalb entfristen wir sie jetzt dauerhaft. Ein starkes Signal für fairen Wettbewerb und soziale Sicherheit.

**BEZAHLBARES
WOHNEN: IST DAS
ZU VIEL VERLANGT?**



Politik im Dialog

Wahlkreis 51 Offenburg

Von Saskia Ganter

Spannender Austausch mit den Vorsitzenden unserer SPD-Ortsvereine im Wahlkreis 51 – gemeinsam mit Katja Mast (MdB), Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD Bundestagsfraktion und einer der wichtigsten Stimmen unserer Partei im Deutschen Bundestag.

Im Mittelpunkt standen Themen, die uns hier in der Region direkt betreffen: Pflege, bezahlbares Wohnen, gute Arbeit und die Zukunft des ländlichen Raums.

Katja brachte wertvolle Einblicke aus Berlin mit – und nahm viele Impulse und Erfahrungen aus der Ortenau wieder mit zurück in den Bundestag.

Solche Gespräche zeigen: Nur wenn wir miteinander reden, können wir gemeinsam etwas bewegen.

Vielen Dank an die Vorsitzenden der Ortsvereine Offenburg-Rebland, Schutterwald, Hohberg und Neuried, dass ihr mit dabei gewesen seid!



Foto (v. l.): Maria Jung, Katja Mast (MdB) und Richard Groß.

**PFLEGEPLÄTZE
BEZAHLBAR
MACHEN!**



Die 5 P der Sozialdemokratie

Auf Einladung von Vivien Costanzo kam Maria Noichl (MdEP) ins SPD-Bürgerbüro nach Offenburg und sprach in der Reihe „Lass mal reden, Europa“ zum Thema „Frauen in der EU“.

Maria Noichl:

„Immer wieder werde ich gefragt: Wofür steht die EU in Sachen Gleichstellung der Geschlechter. Natürlich könnte ich versuchen, darüber einen wissenschaftlichen Aufsatz oder eine lange Erklärung zu starten, doch ich hole nur meine linke Hand aus der Hosentasche:

Fünf Finger. Fünf Hauptziele der Gleichstellung in Europa. Einfach, weil links, von Herzen.

Protection – Partizipation – Pay – Power – Peace

also: Schutz – Beteiligung – Bezahlung – Kraft – Frieden
Alle unsere gleichstellungspolitischen Aktivitäten, alles, für das Vivien und ich in Brüssel kämpfen, steht unter diesen Überschriften!

Für die kommenden 4 Jahre ist unserer TO-DO-Liste klar:

Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und Schutz von Frauen

Was Gewalt anbelangt, kämpfen wir dafür, sicherzustellen, dass wir die EU-Kommission dazu drängen, ihr Versprechen einzuhalten, geschlechtsspezifische Gewalt gemäß Artikel 83 Absatz 1 als EU-Verbrechen einzustufen. Dies würde es ermöglichen, die Liste der Straftaten um die einwilligungsbaasierte Definition von Vergewaltigung zu erweitern, auf Cyberkriminalität auszuweiten sowie Zwangssterilisation usw. einzubeziehen. Dies muss dann auch zu einem vollständigen Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul führen. Wir müssen dringlich den Status quo der Frauenrechte in der gesamten EU sichern. Dazu wollen wir eine EU-Charta der Frauenrechte einführen. Hierin sollen Mindeststandards, bewährte Verfahren und gemeinsame Regeln verbindlich festgehalten werden, um nicht mehr hinter bereits erkämpften Rechten auf nationaler oder europäischer Ebene zurückfallen zu können.

Absicherung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte

Die Rechte auf Verhütung, auf Information, auf Unterstützung der Mutterschaft und den garantierten Zugang zu sicherer und legaler Abtreibung müssen als Grundrechte in der EU-Charta verankert werden, um auch in Zeiten des Rechtsrucks in der EU genau diese speziellen Rechte abzusichern.

Klarheit - Nur ja heißt ja - Zustimmung als Regel in der gesamten EU

Wir wollen die Richtlinie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt um das Prinzip „nur ja heißt ja“ erweitern und damit in die strafrechtliche Definition von Vergewaltigung in der gesamten Union die Zustimmung in den Mittelpunkt zu rücken.

Beseitigung des geschlechterspezifischen Lohngefälles und Frauenarmut

Jetzt ist es unsere Aufgabe, die Überwachung der Umsetzung der Lohntransparenzrichtlinie zu garantieren. Das sind wir allen Frauen schuldig.

Um das Problem des gleichen Entgelts für „gleichwertige Arbeit“ in verschiedenen Berufssektoren anzugehen und eine gerechtere Entlohnung in allen Sektoren zu erreichen, müssen die EU-Kommission, die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner Leitlinien entwickeln, die es ermöglichen, den Wert der Arbeit zu definieren und zu vergleichen. Wir fordern die Einführung geschlechtsneutraler Instrumente und Kriterien zur Arbeitsbewertung – wie Bildung, Fähigkeiten, Verantwortung, physische und psychische Belastung – mit dem Ziel, Arbeit in frauendominierten Sektoren gerechter zu bewerten und fairer zu vergüten.

Wir sind uns in der S&D einig, dass eine EU-Strategie zur Beseitigung der Frauenarmut und zur Umsetzung eines ehrgeizigen Care Deals (Pflegeversprechen) auf unserer TO-DO-Liste ganz oben stehen müssen.

Das Gelingen des Übergangs zu einer echten Pflegewirtschaft, mit Blick auf Pflegekräfte und die Menschen, die Angehörige betreuen, steht im Zentrum. Unser Kampf gilt den menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen für alle Pflegekräfte.

Noch ein Gedanke zum Schluss:

Protection – Partizipation – Pay – Power wachsen nur auf Frieden und Demokratie.

Wer Friedens- und Demokratiearbeit unterstützt, unterstützt Gleichstellung – und umgekehrt.

Somit ist klar. Gleichstellungsarbeit ist kein Thema „nur“ für Frauen. Es ist ein Gesellschaftsthema für uns alle. Und „he for she“ ist eine besondere Einladung an Männer, dabei zu sein. DANKE für die Einladung nach Offenburg!

Eure Maria Noichl, MdEP der SPD aus Rosenheim und Mitglied im FEMM-Ausschuss.



Foto (v. l.): Maria Noichl (MdEP) und Vivien Costanzo (MdEP).

Aus den Ortsvereinen

Jahreshauptversammlung der SPD Kippenheim/Mahlberg

„Starke Stimmen für die Zukunft – Rückblick und Ausblick des SPD-Ortsvereins“

Bei der jüngsten Versammlung des SPD-Ortsvereins Kippenheim/Mahlberg standen wichtige Themen im Mittelpunkt: Rückblick auf die Bundestagswahl, Ausblick auf die Landtagswahl 2026 und die Ehrung verdienter Mitglieder. Vorsitzender Michael Matt betonte die Verantwortung der SPD in Bund und Land und gab klare Ziele für die kommenden Monate vor.

Rückblick auf die Bundestagswahl 2025

Die Ergebnisse der Wahl vom **23. Februar 2025** mit einem enttäuschenden Stimmenanteil von **16,4 % für die SPD** waren ein zentrales Thema. Matt betonte: „Die nun gewählte Bundesregierung mit der Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Kanzler Friedrich Merz muss liefern, sonst droht ein weiterer Zulauf zu extremen Parteien. Eine stabile Regierungsmehrheit der demokratischen Mitte wird sonst immer schwerer zu erreichen sein.“ Er wünschte der Bundesregierung „viel Erfolg, Energie und Mut“ bei der Bewältigung der akuten Herausforderungen – insbesondere im Umgang mit dem unberechenbaren US-Präsidenten Donald Trump sowie bei der Suche nach Lösungen für die Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen.

Ausblick

Landtagswahl Baden-Württemberg am 8. März 2026: Matt hofft auf ein deutlich besseres Ergebnis als 2021 (11 %) und auf den Einzug unseres Kandidaten **Kai Schröder-Klings** in den Landtag sowie eine Regierungsbeteiligung der SPD in Stuttgart.

Finanzielle Lage der Kommunen: Angesichts erwarteter Steuermindereinnahmen in den kommenden Jahren setzt Matt auf Kompensationen durch Bund und Land für die Gemeinden Kippenheim und Mahlberg.

Ehrungen

Im Rahmen der Versammlung wurden langjährige Mitglieder geehrt:

50 Jahre SPD-Mitgliedschaft:

Helene Beyer

Dieter Hug

10 Jahre SPD-Mitgliedschaft:

Jonas Storz



OV-Vorsitzender Michael Matt ehrt Helene Baier für 50-jährige Mitgliedschaft.

KV Ortenau besucht KV Freudenstadt



Kommunalpolitik im Wandel: Bürgermeister zwischen Bürgernähe und Populismus

Von Martine De Coeyer

Wie verändert sich die Rolle des Bürgermeisters in einer Zeit von Social Media, wachsender Aufgabenvielfalt und politischem Druck? Diese Frage stand im Zentrum der Podiumsdiskussion „**Kommunalpolitik im Wandel der Zeit**“ in Friesenheim.

Auf dem Podium:

Carsten Gabbert (Bündnis90/Die Grünen, Regierungspräsidium Freiburg), Oliver Rastetter (CDU, Bürgermeister Rheinau), Dr. Wolfgang G. Müller (SPD, Oberbürgermeister a. D. Lahr) und Darius Reutter (SPD, Bürgermeister Kirchzarten). Moderation: Carolin Schröer.

„Die Aufgaben sind vielfältiger geworden“

Die Bürgermeister sind sich einig: Die Anforderungen steigen. „Heute muss sich ein Bürgermeister viel stärker mit öffentlicher Kommunikation beschäftigen“, so Müller. Rastetter ergänzt: „Das Engagement ist groß, aber oft projektbezogen.“ Gabbert sieht einen Trend zur Personalisierung politischer Probleme, während Reutter feststellt: „Das Interesse an Bürgermeisterwahlen ist gestiegen – man muss nicht mehr zwingend einer Partei angehören.“

AfD als Herausforderung

„Populisten nutzen negative Entscheidungen, um sich zu profilieren“, warnt Müller. In Lahr hat sich die AfD-Fraktion verdoppelt.

Die Lösung? „**Auf die Straße gehen, erklären, direkte Kommunikation suchen.**“

Visionen und Realität

Ideen gibt es genug – doch die Finanzierung durch das Land bleibt ein Engpass. „Prioritäten sind notwendig“, lautet der Tenor. Ein Zwischenruf aus dem Publikum: „**Der Bürger hat keine Möglichkeit zu reagieren!**“

Zukunftsthemen für Städte

- Klimagerechte Stadtplanung
- Gesundheit und Pflege
- Digitalisierung der Verwaltung
- Wohnungsmangel und Fachkräftemangel
- Kita-Gebühren
- Belebung der Innenstädte
- Bürgerinitiativen und Engagement

Die Weihnachts-Ausgabe des
Roten Ortenauers erscheint kurz vor
Weihnachten.

Termine

Samstag, 15.11.2025, 10 Uhr

Landesparteitag in Ulm

Dienstag, 25.11.2025

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen. Landesweite Aktionen der SPD.

Donnerstag 27.11.2025, 19 Uhr

„Lass mal reden, Europa“

Auf einen Glühwein mit René Repasi und Vivien Costanzo im SPD-Europabüro in Offenburg, Wilhelmstraße 9.

Dienstag, 06.01.2026, 18 Uhr

Geburtstagsfeier der SPD Gengenbach

Sonntag, 11.01.2026

Neujahrsfest der SPD Hohberg

Donnerstag, 22.01.2026, ab 19.30 Uhr

Liederabend der **Roten Socken** im Bistro „RadioGaga“. SocialClub, Spitalstr. 7, in Offenburg

Samstag, 07.02.2026, 10 Uhr

Frauenfrühstück im Dorf-Café Schweighausen

Impressum

V. i. S. d. P: SPD-Regionalzentrum Südbaden

Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. November 2025

Redaktion „Der Rote Ortenauer“:

Martine De Coeyer, Helmut Lind, Petra Mayer-Kletzin,

Helga Pfahler und Gerd Zimmermann.

Unsere Arbeit für den „Roten Ortenauer“ ist ehrenamtlich.

E-Mail: zeitschrift@spd-ortenau.de

Internet: www.spd-ortenau.de

www.roter-ortenauer.de

Facebook: www.facebook.com/spdortenau

www.facebook.com/der-rote-ortenauer

Instagram: www.instagram.com/spdortenau

Copyright © 2025 SPD Ortenau

Bildnachweise

Seite 1: Rudolf Seiler

Seite 2: Raphael Kupferer, Andreas Heideker

Seite 3: SPD Ortenau

Seite 4: Helmut Lind

Seite 5: SPD Offenburg

Seite 6: Dorothea Hertenstein

Seite 7: Peter Bergmann, Rudolf Seiler

Seite 8: SPD Gengenbach

Seite 9: Martine De Coeyer, Herrmann Kiefer

Seite 10: SPD Gengenbach

Seite 11: Pressefoto Katja Mast

Seite 12: SPD Baden-Württemberg, Katja Mast

Seite 13: Martine De Coeyer

Seite 14: Michael Matt, Martine De Coeyer